

NIEDERSCHRIFT

VERTEILER:

Körperschaft : Stadt Norderstedt	
Gremium : Umweltausschuss, UA/024/ X	
Sitzung am : 15.06.2011	
Sitzungsort : Sitzungsraum 1 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn : 18:30 n	Sitzungsende : 20:42

Öffentliche Sitzung

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Bodo von Appen
Schriftführer/in	: gez.	

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Umweltausschuss
Sitzungsdatum	: 15.06.2011

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Herr Bodo von Appen

Teilnehmer

Frau Annemarie Ebert
Herr Lars Hartmann
Herr Anton Josov
Frau Ariane Last
Herr Gerhard Nothhaft
Herr Dr. Norbert Pranzas
Herr Volker Schenppe
Herr Arne Schumacher
Herr Heinz-Werner Tyedmers
Frau Ursula Wedell
Herr Heinz Wiersbitzki

Verwaltung

Frau Monika Bartelt
Frau Christel Berke
Herr Herbert Brüning
Herr Peter Hübschmann
Herr Uwe Reher
Herr Martin Sandhof
Herr Wolfgang Seevaldt

Fachbereich 701
Fachbereich 701, Protokoll
Fachbereich 602
Fachbereich 701
Team 6011
Amt 70
Amt 60

Entschuldigt fehlten

Teilnehmer

Herr Wolfgang Platten

Sonstige Teilnehmer

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Umweltausschuss
Sitzungsdatum	: 15.06.2011

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

TOP 3 :

Einwohnerfragestunde

TOP 4 :

**Besprechungspunkt
Parkpflege- und Entwicklungskonzept Moorbekpark
-Sachstandsbericht-**

TOP 5 : M 11/0084

2. Halbjahresbericht 2010 des Betriebsamtes

TOP 6 : B 11/0225

Weiterverwendung gebrauchsfähiger Möbel aus der Sperrmüllsammlung

TOP 7 :

Vortrag des Betriebsamtes über Entwicklungen im Abfallrecht

TOP 8 : B 11/0200

Austausch von 760 Quecksilberdampfleuchten in LED-Leuchten mit 40% Förderung durch das Bundesumweltministerium

TOP 9 :

**Besprechungspunkt
Active Travel Network**

TOP 10 : M 11/0216

Titel: CO2-Bilanz der Jahre 2009 und 2010 für Norderstedt

TOP 11 :

Aktionsprogramm Klimaschutz, ständiger Tagesordnungspunkt

TOP 12 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 12.1 M 11/0227

:

Pflanzung von 102 Straßenbäumen durch das Betriebsamt Norderstedt im Frühjahr 2011

TOP 12.2 M 11/0223

:

Beantwortung der Anfrage von Frau Gutzeit zur Belastung der Luft in Kitas durch Weichmacher (Umweltausschuss 18.05.2011, Punkt 13.8, UA/023/X)

TOP 12.3 M 11/0195

:

Beantwortung der Anfrage von Frau Ebert zum Einsatz von Bewegungsmeldern in der LED-Straßenbeleuchtung

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 13 :

Berichte und Anfragen - nicht öffentlich

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Umweltausschuss
Sitzungsdatum	: 15.06.2011

Öffentliche Sitzung

TOP 1:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr.
Er begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 12 Mitgliedern fest.

TOP 2:

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung:

Abstimmung:

12 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 3:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 4:

Besprechungspunkt Parkpflege- und Entwicklungskonzept Moorbekpark -Sachstandsbericht-

Herr Reher gibt eine kurze Einleitung und begrüßt Herrn Fischer, Landschaftsarchitekt, der einen Vortrag mit folgenden wesentlichen Inhalten hält:

- Parkpflege
- Grünflächenpflege
- Entstehung und Pflege der Norderstedter Parks
- Auftrag und Aufgabenbeschreibung des Park- und Entwicklungsplans „Moorbekpark“
- Bearbeitungsstand und Zeitplanung.

Herr Fischer, Herr Reher und Herr Seevaldt beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

TOP 5: M 11/0084
2. Halbjahresbericht 2010 des Betriebsamtes

Frau Bartelt beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Schumacher bittet, die Höhe der Kosten und der Erträge für die Norderstedter Friedhofskapellen im Jahr 2010 zu Protokoll zu geben. (Anlage 1)

TOP 6: B 11/0225
Weiterverwendung gebrauchsfähiger Möbel aus der Sperrmüllsammlung

Herr Sandhof stellt Frau Hermann von den Norderstedter Werkstätten vor.

Herr Bülow verlässt die Sitzung.

Herr Sandhof ergänzt den Beschlussvorschlag wie folgt:

„Das erarbeitete Konzept wird dem Umweltausschuss in seiner Sitzung am 17.08.11 zur Kenntnis und Beschlussfassung vorgelegt.“

Herr Bülow nimmt wieder an der Sitzung teil.

Frau Herrmann stellt kurz die Arbeit der Norderstedter Werkstätten vor.

Frau Ebert bittet um Prüfung, ob finanziell schwächer dastehende Personen günstiger einkaufen dürften.

Frau Hermann und Herr Sandhof beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Umsetzungs- und Finanzierungskonzept zur sozialverträglichen Weiterverwendung gebrauchsfähiger Möbel und Gegenstände in Kooperation mit den Norderstedter Werkstätten zu erarbeiten.

Abstimmung:

12 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

Frau Hermann lädt die Ausschussmitglieder zur Besichtigung der Norderstedter Werkstätten ein.

Es besteht die Möglichkeit, die nächste Umweltausschuss-Sitzung in den dortigen Räumen durchzuführen.

TOP 7:**Vortrag des Betriebsamtes über Entwicklungen im Abfallrecht**

Herr Hübschmann hält einen Vortrag bezüglich der wichtigen Neuerungen im Abfallrecht.

Der Vortrag wird dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Frau Wedell verlässt die Sitzung.

Frau Wedell nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Schenppe verlässt die Sitzung.

Herr Schenppe nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Hartmann verlässt die Sitzung.

Herr Hartmann nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Hübschmann, Herr Sandhof und Herr Kurzewitz beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

TOP 8: B 11/0200**Austausch von 760 Quecksilberdampfleuchten in LED-Leuchten mit 40% Förderung durch das Bundesumweltministerium**

Herr Brüning beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Stadt Norderstedt wird im Jahr 2012 zunächst 760 von ca. 2.000 quecksilberhaltigen Leuchten verschiedener Typen aus den 1970er Jahren in Anlieger- und Nebenstraßen unter Einsatz von LED-Leuchten der neuesten Generation sanieren.

Die erforderlichen Investitionsmittel in Höhe von 650.000 Euro (inklusive der Kosten für evtl. Masterhöhungen) sind im Grundhaushalt 2012 bereit zu stellen. Die beantragte und bewilligte Förderung in Höhe von 217.000 Euro, die das Bundesumweltministerium der Stadt Norderstedt im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative am 27.04.2011 gewährt hat, ist möglichst vollständig auszuschöpfen.

Abstimmung:

12 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 9:**Besprechungspunkt
Active Travel Network**

Herr Brüning verteilt eine Information zum „Active Travel Network“, gibt Erläuterungen zu diesem europäischen Netzwerk und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Brüning fragt aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen im Ausschuss nach, ob mind. 1 Mitglied je Fraktion bis Ende Juni benannt werden kann, die zusammen mit Mitarbeitern der Verwaltung und der Öffentlichkeit (vertreten durch die aus der Mitwirkung an der Lärminderungsplanung hervorgegangenen ILN) eine Arbeitsgruppe bilden würde, die Maßnahmen zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs identifizieren.

Die Ausschussmitglieder signalisieren ihre Zustimmung.

Herr Brüning bittet, ihm bis Ende Juni 2011 die teilnehmenden Fraktionsmitglieder namentlich zu nennen. Eine Einladung zur 1. Arbeitsgruppensitzung erfolgt nach der Sommerpause.

TOP 10: M 11/0216**Titel: CO₂-Bilanz der Jahre 2009 und 2010 für Norderstedt**

Herr Brüning gibt Ausführungen zur CO₂-Bilanz und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Schumacher bittet um eine Auflistung der Aktivitäten im Klimaschutz, die z.Zt. im FB Umwelt laufen.

Herr Brüning sagt dies für die nächste Sitzung zu.

**TOP 11:
Aktionsprogramm Klimaschutz, ständiger Tagesordnungspunkt**

Herr Brüning berichtet vom aktuellen Stand der Bemühungen, die Stelle auszuschreiben.

CDU und SPD signalisieren, dass sie derzeit Überlegungen anstellen, den Beschluss zum Aktionsprogramm Klimaschutz zugunsten anderer Schwerpunkte im Klimaschutz eventuell rückgängig zu machen. Dabei wird eine einvernehmliche Lösung angestrebt.

**TOP 12:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP M 11/0227
12.1:
Pflanzung von 102 Straßenbäumen durch das Betriebsamt Norderstedt im Frühjahr 2011**

Vorbemerkung:

Nachpflanzungsstandorte ergeben sich aus:

- dem Ersatz zuvor gefällter Bäume
- dem Schluss sonstiger Lücken im Straßenbaumbestand
- der Entsiegelung zuvor versiegelter Flächen (Marommer Straße Ecke Aurikelstieg, Kehre Ebereschenweg)

Als Vorarbeiten wurden durchgeführt

- Zusammentragen von Stubbenstandorten und Lücken
- Überprüfung der Standorte auf vorhandene Versorgungsleitungen im Boden
- Ausfräsen von 12.500 cm Baumstubben (Summe der Durchmesser über dem Boden)
- Festlegen der neu zu pflanzenden Baumarten
- Entsiegelung versiegelter Standorte
- Ausbaggern des alten Bodens
- Verfüllen der Pflanzlöcher mit speziellem Baums substrat

Die Stubbenstandorte wurden bereits im Sommer 2010 durch die Reviergärtner zusammengetragen und in Kartenausschnitten markiert. Diese möglichen Baumstandorte wurden ergänzt von Lücken, die innerhalb von Ortsterminen aufgefallen sind.

Vor den Fräsarbeiten wurde überprüft, ob Versorgungsleitungen im Bereich der Stubben im Boden verlaufen. Waren Leitungen vorhanden, wurde nur auf eine Tiefe von 10 cm gefräst. Ebenso wenn die Nachpflanzung durch äußere Gegebenheiten (Platzmangel) nicht möglich war. Dies geschah, um eine ebene Rasenfläche zu erhalten und somit die zukünftigen Mäharbeiten zu erleichtern. Eine Baumpflanzung wurde an diesen Standorten ausgeschlossen. An den sonstigen Stellen wurden die vorhandenen Baumstubben bis auf eine Tiefe von 70 cm ausgefräst.

Die Leitungssuche wurde durch Mitarbeiter des Betriebsamtes unter Zuhilfenahme eines mobilen Leitungsplanes der Stadtwerke Norderstedt durchgeführt. Das Fräsen erfolgte mit einer Fremdfirma.

Bei der Auswahl der Baumarten wurde sich überwiegend am vorhandenen Bestand orientiert. Damit wird ein einheitliches Straßenbild geschaffen. Zusätzlich kamen neue Sorten zum Einsatz. Zum Beispiel resistente Ulmen und spezielle Sorbus-Sorten, um Ersatz für ausfallende Arten zu finden.

Der Bodenaustausch erfolgte, um Nährstoffmangel, Schaderregerdruck und Belastung durch zu hohe Salzkonzentrationen vorzubeugen und beste Startbedingungen hinsichtlich Wasser-, Nährstoff-, und Sauerstoffversorgung für die neuen Bäume zu garantieren. Die neugepflanzten Bäume werden während der Anwuchsphase durch eine Dreibockverankerung mit einer Baumanbindung aus Kokoskordel stabilisiert. Ihre Stämme sind zum Schutz vor Sonnenbrand mit Schilfmatten umwickelt.

Die gesamte Baumpflanzung wurde durch die Mitarbeiter des Betriebsamtes vorbereitet und durchgeführt.

Ergebnis:

In 40 verschiedenen Straßen wurden insgesamt 98 Bäume nach – und neugepflanzt. Anlage 1 zeigt die Baumanzahl pro Straße mit der verwendeten Baumgattung. Vier Bäume mussten aufgrund von nicht angezeigten Leitungen kurzfristig auf einer Ersatzfläche untergebracht werden. Sie stehen nun auf dem Friedhof Harksheide.

Anlage 2 zeigt auf, welche Arten und Sorten insgesamt verwendet wurden.

Zusätzlich kam in der Europaallee ein neues „Baum-Standort-Verbesserungs-System“ zum Einsatz. Hierzu wurde eine 15 m³ große Baumgrube ausgehoben. In diese Grube wurden spezielle Stekelemente eingebaut und mit unverdichtetem Substrat verfüllt. Darüber wurde das Pflaster bis auf eine Baumscheibe von 1,2m² wieder geschlossen und ist nun wieder von LKW befahrbar. Der zusätzliche Einbau von Belüftungs- und Bewässerungsrohren lässt diese Versiegelung bis nah an den Stamm zu ohne das Baumwachstum negativ zu beeinflussen.

Nachbemerkung:

Nach der Pflanzung sind diese Bäume nun zu pflegen. An erster Stelle steht das regelmäßige Bewässern. Außerdem werden die Terminaltriebe gestäbt, um gut aufastbare Straßenbäume zu mit durchgehenden Leittrieb zu erhalten. Zusätzlich muss in regelmäßigen Abständen ein Erziehungsschnitt erfolgen, um Fehlentwicklungen in der Krone vorzubeugen.

Auch diese anstehende Pflege und Bewässerung wird durch die Bauhofmitarbeiter bewerkstelligt.

TOP M 11/0223

12.2:

Beantwortung der Anfrage von Frau Gutzeit zur Belastung der Luft in Kitas durch

Weichmacher (Umweltausschuss 18.05.2011, Punkt 13.8, UA/023/X)

In der Sitzung des Umweltausschusses am 18.05.2011 stellte Frau Gutzeit unter TOP 13.8. folgende Frage an die Verwaltung:

„Frau Gutzeit fragt, ob es Erfahrungen über die Belastung der Luft in Kitas durch „Weichmacher“ im Boden, Spielzeugen, etc. gibt.“

Hierzu antwortet der Fachbereich Umwelt:

Zu der Belastung von Kitas durch Weichmacher ist dem Fachbereich Umwelt Folgendes bekannt:

Die Medien haben am 22. und 23.03.11 über eine vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Auftrag gegebene Studie berichtet, wonach die meisten der untersuchten Kindertagesstätten in Deutschland mit hohen Weichmacherkonzentrationen im Hausstaub belastet sind. Auffällig soll sein, dass viele Kitas höhere Konzentrationen aufweisen als frühere Untersuchungen in Privathaushalten ergeben haben.

Weichmacher werden u. a. vom Umweltbundesamt als gesundheitsschädlich eingestuft. Gerade bei Ungeborenen und Kindern sollen negative Folgen für die Fortpflanzungsfähigkeit nicht auszuschließen sein. Weichmacher können auf den Hormonhaushalt einwirken. Auf EU-Ebene ist die Notwendigkeit zur Risikominderung festgestellt worden.

Eine Veröffentlichung des BUND zu der Untersuchung mit Hintergrundinformationen, Handlungsempfehlungen und Laborergebnissen ist im Internet unter

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/chemie/20110321_chemie_weichmacher_kitas_hintergrund.pdf zu finden.

Auf Nachfrage des Fachbereiches Umwelt beim Umweltbundesamt (Frau Nagorka), sollten die Untersuchungsergebnisse der o. g. Studie zunächst mit Bedacht betrachtet werden:

- Zum einen gibt es bisher keine Grenz- oder Richtwerte, die bei einer Gefährdungsabschätzung zu Grunde gelegt werden können.
- Zum anderen sind weder die Messungen in Privathaushalten noch die aktuellen Messungen in den Kitas repräsentativ. Da dem Umweltbundesamt zudem nicht bekannt ist, welche Staubanteile untersucht wurden (grobe oder/und feine), ist von Seiten des UBA eine Einschätzung der Gesundheitsgefährdung auch nicht möglich.

Da der Hauptaufnahmeweg für Weichmacher die Nahrungsaufnahme ist, lässt die Staubbelastung eines Raumes auch keine Rückschlüsse über das Gefährdungspotenzial zu.

Der Fachbereich Umwelt und das Amt für Schule, Sport und Kindertagesstätten haben auf Basis dieser Informationen Ende März 2011 vereinbart, dass die städtischen Kitas über die BUND-Studie informiert werden, auch deshalb, weil darin u. a. Handlungsempfehlungen aufgeführt sind, die grundsätzlich einer Schadstoffbelastung in Innenräumen entgegenwirken.

Falls seitens der Kitas Untersuchungsbedarf gesehen wird, kann eine Messung erfolgen. Bisher wurde dem Fachbereich Umwelt kein Bedarf gemeldet.

TOP M 11/0195

12.3:

Beantwortung der Anfrage von Frau Ebert zum Einsatz von Bewegungsmeldern in der LED-Straßenbeleuchtung

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 18.05.2011 stellte Frau Ebert unter TOP 11 folgende Anfrage:

„Frau Ebert fragt nach Möglichkeiten, über Bewegungsmelder die Straßenbeleuchtung nachts nur dann einzuschalten, wenn die Straße tatsächlich benutzt wird. Sie bittet um das Einholen von Erfahrungsberichten anderer Kommunen.“

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage folgendermaßen:

Der Einsatz von Bewegungsmeldern in der Straßenbeleuchtung wird gerade in den ersten Kommunen über Pilotprojekte erprobt, z. B. in Hannover und Göttingen. Die Straßenbeleuchtung nur dann (mit voller Leistung) zu betreiben, wenn jemand die Straße nutzt und somit ein Bedarf nach Beleuchtung besteht, ist grundsätzlich nur mit LED-Leuchten möglich. In der Regel wurden die Pilotanlagen mit Hilfe von finanziellen Förderungen errichtet, die z. B. im Rahmen des Bundeswettbewerbs Energieeffiziente Stadtbeleuchtung gewährt wurden. Die bedarfsweise Regelung erfolgt über eine Dimmung der Beleuchtung auf z. B. 20 %, die bei einem Signal durch den Bewegungsmelder auf 100 % der vollen Lichtstärke für ca. 1 Minute abgelöst wird. Den Erfahrungsberichten nach funktionieren die Installationen zuverlässig und die Akzeptanz durch die Bevölkerung ist im Wesentlichen gegeben. Die Kommunikation der Bewegungsmelder untereinander über ein Funksystem (WLAN) ist mit weniger Störungen verbunden als mit Hilfe eines Stromkabels.

Die Mehrkosten für die sensorgesteuerte LED-Beleuchtung sind derzeit allerdings noch deutlich höher als die erreichbaren Einsparungen, so dass die Installationen von den Testkommunen als (noch) nicht alltagstauglich bezeichnet werden.

Weitere Erfahrungsberichte sollten daher abgewartet und die Preisentwicklung für die Technik beobachtet werden. Insbesondere für den Einsatz in Sondersituationen, z. B. sehr schwach frequentierte Anwohnerwege, könnte Sensorsteuerung künftig interessant werden.

Die folgende Auskunft von Herrn Christoph Walther (Indal Deutschland GmbH), der die Verwaltung beim Förderantrag zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED als Ingenieur beraten hat, geht mit den Erfahrungsberichten aus Hannover und Göttingen einher:

„Zum Einsatz von Bewegungsmeldern kann man folgendes sagen:

Technik:

Momentan gibt es auf dem Markt keine professionellen Bewegungsmelder für den Einsatz in der Straßenbeleuchtung. Die verschiedenen Teststrecken, die mit Bewegungsmeldern aufgebaut wurden, arbeiten mit handelsüblichen Geräten, die außer dem hohen Preis allerdings den Nachteil haben, dass sie auf Montagehöhen von max. 3m ausgelegt sind. Für die Mastmontage ist diese Höhe wegen der nötigen Schellenmontage, dem möglichen Vandalismus oder der Verschmutzung ungünstig.

Die Leuchtenhersteller müssten idealer Weise den Bewegungsmelder in die Leuchten integrieren, was technisch machbar ist, aber leider auch einige Probleme [mit sich] bringt. Denn jede Elektronik verkürzt die Wartungszyklen der Leuchten, und dabei sind wir doch stolz auf

die 50.000-100.000 Std. Wartungszyklus, die durch die LED Technik möglich werden. Was auch nicht ganz außer Acht gelassen werden darf, ist der Ruhestrom einer solchen Steuerung.

Ein weiteres Problem ist die Kommunikation zwischen den Bewegungsmeldern, die straßenweise zusammengeführt werden müsste. Da kommen wir in erste Bereiche der Netzwerktechnik, mit der ein Straßenbeleuchtungsmonteur nur wenig Erfahrung hat.

Wirtschaftlichkeit:

Davon ausgegangen, dass eine durch Bewegungsmelder gesteuerte Leuchte im Jahr 1.000 Stunden im Normalmodus (100%, in der rush hour) und 3.000 Stunden auf Bewegungsmelder (30% und nur bei Bewegung 100%) läuft, ist eine Energieersparnis von ca. 50% möglich. Wenn wir in Norderstedt in den Anliegerstraßen von einer Anschlussleistung der Stela von 18W (ohne Bewegungsmeldersteuerung) ausgehen und eine bewegungsmelder-gesteuerte Stela 20 W verbrauchen würde, würde sich folgendes Bild ergeben:

- Jahresverbrauch ohne Steuerung: 72kWh € 14,40 (bei 20ct/kWh)
- Jahresverbrauch mit Steuerung: 38kWh € 7,60 (bei 20ct/kWh)
- Jährliche Ersparnis pro Leuchte: 34kWh € 6,80 (bei 20ct/kWh)

Eine Steuerung die sich in 10 Jahren amortisiert, dürfte also maximal € 68 kosten. Dabei ist aber nicht eingerechnet, dass die Steuerung und die Kommunikation deutlich mehr Service benötigt als die Leuchte selber...

Einen Artikel, der beschreibt, dass in den Niederlanden die Energieersparnis bei dieser Technik nicht im Vordergrund steht, finden sie hier:

(Beachten sie den letzten Satz)

http://www.elektrofahrrad24.de/news_dynam_radwegbeleuchtung_holland.html^{cc}

Herr Brauer verlässt die Sitzung.

Herr Brauer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 13:

Berichte und Anfragen - nicht öffentlich

Es liegen keine Berichte und Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.42 Uhr.

